

Stadt reicht Soziallasten an den Bürger weiter

Unna. Die Steuern und Gebühren steigen im kommenden Jahr erneut: Über eine Million Euro zusätzlich will Unna allein über die Grundsteuer B einnehmen. Dieser Vorschlag ist Grundlage des gestern vorgestellten Haushaltsplanes. Insgesamt muss Unna angesichts der jüngsten Verschärfung der Finanzlage 4,5 Millionen Euro mehr aufbringen, um im Sanierungsplan auf Kurs zu bleiben. **➔ Seite 17**



28 Politikinteressierte, darunter neun Mitglieder des Stadtrates, demonstrierten gestern vor dem Landtag.



Etwas mehr als zwei Dutzend Kommunalpolitiker waren gestern nach Düsseldorf gefahren, um ihrem Unmut über die klamme Finanzsituation Luft zu machen und auf Landeshilfe zu pochen.

Foto: Pieper

Stadt reicht Soziallasten künftig an die Bürger durch

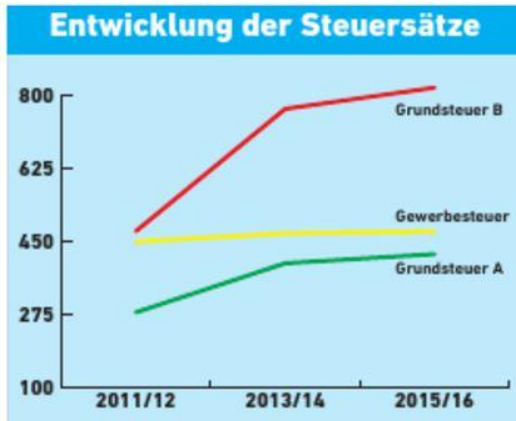
Entwurf für den neuen Doppelhaushalt: Grundsteuer B steigt auf 820 Punkte

Von Sebastian Smulka und Dominik Pieper

Unna. Mit den finanziellen Nöten der Stadt wächst ab dem kommenden Jahr auch die Steuerbelastung ihrer Bürger. Die Grundsteuer B wird abermals angehoben – immerhin moderater als befürchtet.

„Unna blank, dem Land sei dank“ – so erklärte ein Plakat bei der Protestfahrt zum Landtag die Ursachen der finanziellen Notlage in der Hellwegstadt. 28 Politikinteressierte waren nach Düsseldorf gefahren, um ihren Unmut kundzutun (siehe Text unten). Daheim in Unna erklärte Kämmerer Karl-Gustav Mölle die aktuelle Verschärfung seiner Kassenlage etwas differenzierter, aber mit Blick auf Land und Bund nicht weniger scharf.

Tatsächlich bewegt Unna in den beiden kommenden Jahren Millionen – doch die Ausgaben überwiegen die Einnahmen, und die Schere öffnet sich wieder. 132,7 Millionen Euro will Mölle im nächsten Jahr kassieren, 147,2 Millionen Euro erwartet er an Ausgaben. Die Lücke dazwischen ist etwa 4,5 Millionen Euro größer als noch vor einigen Monaten erwartet. Es sind drei etwa gleichgewichtige Faktoren, die die Stadt härter treffen: Die Korrektur der Einwohnerzahlen nach dem Zensus, dauerhafte „Substratverluste“ bei den Gewerbesteuerzahlern und eine höhere Kreisumlage machen jeweils 1,5 Millionen Euro aus. Zen-



sus- und Steuerentwicklung hält Mölle für bedauerlich, seien aber zähneknirschend zu akzeptieren. In Sachen Kreisumlage deutet er mit erkennbarer Wut „nach oben“ – nicht auf den Kreis, sondern auf Bund und Land, die den unteren Ebenen neue Aufgaben aufzwingen, ohne sie dafür auszustatten, Kosten in diese Richtung abwälzen, um ihre eigenen Haushalte zu sanieren.

Mölles Unterscheidung prägt auch seinen Vorschlag für den Umgang mit dem wachsenden Defizit: Die insgesamt drei Millionen Euro, die Zensus und Gewerbesteuererhöhung pro Jahr kosten, will die Stadt selbst schultern. Weitere Sparmaßnahmen sollen sie finanzieren. Die wachsenden Soziallasten, die vom Kreis an die Stadt weitergereicht werden, reicht die Stadt an den Bürger weiter: Zwei Drittel von der Stadt, ein Drittel vom

Bürger – nach diesem Motto sollen Steuern und Gebühren ab 2015 angehoben werden.

Dabei bleibt die Grundsteuer B, die jeder Eigentümer eines bebauten Grundstücks zahlt, die wichtigste Stellschraube. Ihr Hebesatz soll von derzeit 769 auf 820 Punkte steigen. Vor dem nun auslaufenden Doppelhaushalt lag er noch bei 475 Punkten. Von 2012 bis 2015 hat Unna die Steuern um fast 73 Prozent erhöht. Einziger Trost: Zwischenzeitlich stand auch schon einmal die Zahl 895 im Raum.

Angehoben werden auch die Hebesätze der Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Flächen (von 398 auf 420 Punkte) und der Gewerbesteuer (von 470 auf 475). Die Steuererhöhung soll Unna 1,315 Millionen Euro einbringen, von denen 1,090 aus der Grundsteuer B stammen. **➤ Kommentar**

Keine weiteren Zuschüsse

Wünschen nach zusätzlichen Zuschüssen für „Dritte“ erteilt der Kämmerer eine Absage; Lindenbrauerei und Narrenschiff müssten mit unveränderten Sätzen auskommen. Allerdings seien auch fast keine Kürzungen geplant. Nur bei der Werkstatt Unna regt Mölle an, es künftig bei der Grundfinanzierung von 250.000 Euro zu belassen, statt ganze 500.000 Euro zu zahlen.

Galgenfrist für die Eishalle

Bei der Eishalle unterscheidet die Stadt zwischen kurz- bis mittelfristig und langfristig nötigen Investitionen. Bis zum Ende des Pachtvertrages im Jahr 2020 müssten 223.000 Euro fließen, die von den Pächtern zu tragen seien. Aber: Danach seien Investitionen im Wert von 1,8 Millionen Euro nötig.

Stadthalle und Kultur vereint

Zu den eigenen Sparmaßnahmen bei der Stadt gehört der Abbau von 14 weiteren Stellen einschließlich der drei verbliebenen Dezernenten. Zudem seien Umorganisationen geplant: Eine Gemeinnützige Kultur GmbH könnte unter dem Dach der Wirtschaftsbetriebe die Aufgaben von Kulturbereich und Stadtmarketing übernehmen.

Kommentar

„Der Staat“ kassiert bei seinen Bürgern

Von Sebastian Smulka

Unter den 28 Politikinteressierten, die gestern vor dem Landtag protestierten, waren auch neun Ratsmitglieder. Wenn sie nun den Haushaltsentwurf des Kämmerers mitbeschließen sollen, vollziehen sie genau das, was sie Land und Bund zum Vorwurf machen: Kosten einfach nach unten durchzureichen. So ist es vom Kämmerer gewollt, und so will er es nach eigenen Worten „auch kommunizieren“: Die Steuerentwicklung der Stadt wird künftig angekoppelt an die Entwicklung der Kreisumlage, die im wesentlichen eine Entwicklung von Soziallasten widerspiegelt.

Die eigene Wut, die eigene Ratlosigkeit will die Stadt nicht für sich behalten. Und so trifft sie nun den Bürger. Er wird nicht weniger verärgert, vielleicht nicht weniger ratlos sein, wenn er im Januar einen Steuerbescheid erhält, dessen Betrag in drei Jahren um 73 Prozent gestiegen ist. Der einfache Haushalt aber hat niemanden, an dem er diese Belastungen weiterleiten könnte. Der Bürger steht in der finanziellen Hackordnung am unteren Ende, muss mit Steuern, Gebühren und nicht nachvollziehbaren Energiepreisen einfach fertig werden. Anzunehmen, dass auch er seinen Unmut nach Düsseldorf trägt und dort im Sinne seiner Heimatstadt Druck aufbaut, ist eine kühne Erwartung. Der Unmut der Bürger gilt erfahrungsgemäß „dem Staat“. Da wird die Stadt nicht verschont bleiben.

Zwei Dutzend Demonstranten

Kommunalpolitiker zeigen in eher kleiner Zahl ihren Unmut

Die Demonstration von Unnaer Kommunalpolitikern vor dem Düsseldorfer Landtag war gestern Vormittag weit weniger stark besucht als erhofft. Von im besten Fall 250 erwarteten Besuchern kam rund ein Zehntel. 28 Demonstranten, darunter neun Politiker des Stadtrates, waren vor dem Landtag zusammengekommen, um der Landesregierung öffentlich eine Mitschuld an der kommunalen Finanzmisere

zu geben, die Unna nun unter anderem zur weiteren Anhebung der Grundsteuer zwingt. Christoph Tetzner (Piraten) hatte zur Revolte aufgerufen und die Demo organisiert. Er sah die Unnaer Forderungen nach verbesserter Hilfe des Landes für überschuldete Kommunen wie Unna ansprechend vorgebracht. Allein die Tatsache, dass sich die Politik in der fraktionell seinem Aufruf angeschlossen habe, zeige,

wie groß der Frust, aber auch der Zusammenhalt seien. Vertreten waren Abgeordnete der Grünen, der Linkspartei, der SPD, der FW/FLU und mit Frank-Holger Weber auch ein Abgeordneter der CDU.

Die Forderung nach mehr Hilfe vom Land für Kommunen wie Unna will die Landtagsfraktion der Piraten aufgreifen und in eine Anfrage an die Landesregierung ummünzen.